



Antrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Für ein buntes und weltoffenes Deutschland

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zu einer friedlichen, weltoffenen und vielfältigen Gesellschaft.

Wir trauern um alle Opfer von Gewalt. Unser besonderes Mitgefühl gilt in diesen Tagen den Opfern und Angehörigen der grausamen Attentate gegen die Redaktion der französischen Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt in Paris. Es gibt kein Ziel und keine Begründung, die terroristische Gewalt rechtfertigen kann.

Wir verurteilen jeden Angriff auf die Grundrechte der Demokratie und den freien Rechtsstaat. Die Meinungsfreiheit, Pressefreiheit sowie die Religionsfreiheit sind unverrückbare Grundfesten unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist stolz auf das Klima des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Land. Er begrüßt den zivilgesellschaftlichen Einsatz für Demokratie, Freiheit und Toleranz sowie die vielfältige ehrenamtliche Arbeit im Sinne einer guten Willkommenskultur.

Wir verurteilen all diejenigen, die aus den Ereignissen in Frankreich politisches Kapital schlagen oder den Islam für die Taten verantwortlich machen wollen. Es gibt keine Entschuldigung dafür, durch Ausgrenzung, Intoleranz oder Hass andere Menschen für tatsächliche oder vermeintliche Missstände verantwortlich zu machen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt die im Zusammenhang mit den Demonstrationen der so genannten „PEGIDA“ (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) vorgetragene Intoleranz, Islamfeindlichkeit und rechtspopulistische Stimmungsmache. Der Landtag grenzt sich von diesen Haltungen ab und fordert alle demokratischen Parteien auf, sich ebenfalls klar abzugrenzen.

Nur die konsequente Auseinandersetzung mit Vorurteilen kann Diskriminierung und Rassismus zurückdrängen. Der Landtag lehnt alle Formen von Intoleranz und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und ruft dazu auf, sich für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzusetzen.

Dr. Ralf Stegner
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW